Mittwoch, 28. Februar 1923 • 71. Jahrgang Nr. 99

Berliner
Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzelnummer 100 M.

Mit Berliner Familien-Zeitung
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK"

BERLIN WINDIG, REGNERISCH

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags u. Montags einmal. Abonnementspreis einschliessl. zweimalig. Zustellung durch die Botenfrau M. 900.— wöchentl., M. 4000.— monatlich im voraus zahlbar. Abonnementspreiserhöhungen während der Bezugszeit vorbehalten. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung od. Erstattung des entsprechenden Entgelts. Insertionspreis die 12gespaltene Zeile M. 1000.—, kleine Anzeigen: das Wort M. 180.—, das fettgedruckte Wort M. 300.— Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Strasse 46—49. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 3440 bis 3455; für den Fernverkehr Nr. 4267 bis 4269. — Rudolf Mosse-Code. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Strasse 67-68, Wiener Strasse 1-6, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 346, Grosse Frankfurter Strasse 101, Greifswalder Strasse 197, Kochhannstrasse 9, Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4, Rheinsberger Strasse 79, Fennstrasse 1, Müllerstrasse 135, Badstrasse 61, Königstrasse 56-57, Rosenthaler Strasse 48, Rathenower Strasse 3, Turmstrasse 61, Potsdamer Strasse 33, Leipziger Strasse 103, Zimmerstrasse 43, Blücherstrasse 69, Fidicinstrasse 9; Charlottenburg: Tauentzienstrasse 2, Kantstrasse 134, S[illegible]renstrasse 39, Nürnberger Strasse 25-26, Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstrasse 19, Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241, Lichterfelde-West: Carlstr. 1-2; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93-94, Kaiser-Friedrich-Strasse 247-48, Pankow: Bornholmer Str. 1, Schmargendorf: Breite Strasse 3; Schöneberg: Hauptstrasse 21-24, Martin-Luther-Strasse 9, Steglitz: Albrechtstrasse 130, Tempelhof: Berliner Strasse 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weissensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88, Kaiserplatz 13; Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21-22; Cöpenick: Schlossstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23, Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz.

Chefredakteur: Otto Nuschke.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Der blaue Schrecken

Das Treiben des französischen Militarismus an Rhein und Ruhr

Trarbach, 27. Februar. (W. T. B.)

Gestern in aller Frühe wurde Bürgermeister Dr. Uhde von zwei französischen Gendarmen verhaftet und im Auto in der Richtung auf Zell fortgebracht. Die Familie hat innerhalb fünf Tagen zu folgen. Zum Zeichen des Einspruches haben sämtliche Behörden und Geschäfte von 11 Uhr vormittags ab geschlossen.

Bitburg, 27. Februar.

Ueber die Ausweisung der hiesigen leitenden Beamten usw. wird noch mitgeteilt: Infolge ihrer Haltung gegenüber den französischen Zwangsmaßnahmen und wegen ihrer Teilnahme an der Protestkundgebung gegen die Ausweisung des Landrats und Abgeordneten Lönnartz und des Regierungsassessors Dr. Creutz wurde ein Anzahl Persönlichkeiten **gewaltsam festgehalten** und nach unwürdiger Behandlung ohne Ausweisungsbefehl über die Grenze des besetzten Gebietes gebracht. Die Vertriebenen wurden in völlig dunkle und von aller Lichtzufuhr abgeschlossene Lastautos gepfercht und mußten in Trier in einem kleinen Wartezimmer zusammen nächtigen. Landrat Lönnartz war auf die Nachricht von seiner Ausweisung eilends von Berlin nach Bitburg zurückgekehrt, um gegen die Maßnahme zu protestieren und gegebenenfalls sich verhaften zu lassen. Er erklärte, nur der Gewalt weichen zu wollen, worauf er verhaftet und in der geschilderten Weise nach Trier gebracht wurde. Beide Transporte wurden von einer Schwadron Spahis überwacht.

Essen, 27. Februar. (W. T. B.)

Gestern wurde der Bahnhof Bodelschwingh bei Dortmund von den Franzosen besetzt. Der Eisenbahnverkehr ist stillgelegt. Der Hauptbahnhof Bochum wurde heute morgen für eine halbe Stunde besetzt, mehrere Eisenbahnbeamte wurden festgenommen und fortgeschleppt. Die Verhandlungen über die Freigabe des Rathauses in Herne sind gestern gescheitert. Der Bürgermeister von Wetter wurde zu einem Jahr Gefängnis und 10 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. — In Hiddinghausen und Silschede haben die Franzosen Autokontrollstellen eingerichtet, in Oberhausen und Frintrop beschlagnahmten sie heute früh zahlreiche Autos.

Das in Essen erscheinende „Ruhr-Echo" ist durch eine Verordnung des Generals Simon für acht Tage verboten worden.

Koblenz, 27. Februar.

Vor dem französischen Militärpolizeigericht wurde der verantwortliche Redakteur der sozialdemokratischen „Rheinischen Warte", Picard, zu einem Monat Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er in einem „Drei Tage auf Index" überschriebenen Artikel gegen die Unterbindung der Pressefreiheit durch die Franzosen Verwahrung eingelegt hatte. Der verantwortliche Redakteur der demokratischen „Rheinischen Rundschau", Pauls, erhielt 50 000 Mark Geldstrafe wegen Aufnahme der Warnung der Kölner Reichsbahndirektion an die Bevölkerung, keine von Franzosen gefahrene Züge zu benutzen.

Dortmund, 27. Februar. (W. T. B.)

Der Betrieb auf dem Dortmund—Ems-Kanal ist infolge des Versuches der Franzosen, eine zehnprozentige Zollabgabe einzutreiben, zum Stilliegen gekommen. Die ins besetzte Gebiet fahrenden Kähne werden in Münster zurückgehalten. Um 12 Uhr ist zwischen Koblenz-Hauptbahnhof und Blockstelle Königsbach eine Lokomotive auf einen Verpflegungszug aufgefahren. Die Lokomotive wurde stark beschädigt, der Packwagen und zwei andere Wagen des Zuges entgleisten. Das Zollamt Strahlen wurde durch belgische Zollbeamte besetzt, und die deutschen Zollbeamten wurden ihres Dienstes enthoben. Der Güterverkehr nach Venlo ist eingestellt. Der Eisenbahnassistent Heinrichs in Rheydt und der Eisenbahninspektor Begisch von der Stationskasse Rheydt wurden gestern verhaftet und vermutlich nach Krefeld gebracht. Bahnmeister Bahners, ebenfalls in Rheydt, wurde von zwei französischen Zivilisten aus seiner Wohnung geholt und nach dem Bahnhof gebracht. In Bitburg wurden Eisenbahningenieur Groen und zwei Lokomotivführer in ihrer Eigenschaft als Gewerkschaftler verhaftet. In Karthaus bei Trier wurden der Eisenbahnamtmann Didier und die Bahnhofsvorsteher von Moselkern und Salmrohr verhaftet. Die Besatzung versuchte die noch in Trier befindliche Geschäftsstelle der Reichsbahndirektion Trier aufzulösen. Es gelang den Beamten, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen und die Geschäftsstelle anderswohin zu verlegen.

Hamm, 27. Februar. (W. T. B.)

Bürgermeister Schaefer, Oberbürgermeister Havenstein und Dr. Guyenz befinden sich im Männergefängnis in Düsseldorf. Sie sind in Einzelhaft und sollen nach Mitteilung der französischen Unterorgane wie politische Gefangene behandelt werden. Bis jetzt haben sie Gefängniskost erhalten. Versuche, ihnen Erleichterungen zu verschaffen, sind bisher daran gescheitert, daß die Franzosen die hierfür notwendigen schriftlichen Bescheinigungen nicht ausgestellt haben. Es wird weiter versucht werden, das Los dieser Deutschen zu erleichtern. Wie sie behandelt werden, geht daraus hervor, daß ihnen kein Licht, keine Kerze, keine Lampe zur Verfügung gestellt wird.

Offenburg, 27. Februar.

Der Oberbürgermeister von Offenburg hat die von dem französischen Befehlshaber verlangte Unterstellung der Polizei unter französischen Befehl rundweg abgelehnt. Hervorzuheben ist, daß, worauf in dem Protestschreiben des Oberbürgermeisters hingewiesen wird, die Verordnung des französischen Kommandanten über die Unterstellung der Polizei unter französischen Befehl noch nicht einmal in Uebereinstimmung steht mit dem Rheinlandabkommen, das derartige Verordnungen der interalliierten Kommission vorbehält. Davon abgesehen bleibt der deutsche Standpunkt, daß das Rheinlandabkommen für die Einbruchsgebiete keine Geltung hat, bei diesem neuen französischen Uebergriffsversuch unberührt. Jedenfalls zeigt auch dieser Fall, daß die Franzosen sich noch nicht einmal um den Schein einer Rechtsgrundlage für ihre Maßnahmen bemühen, sondern einfach nach Willkür und mit Gewalt vorgehen. Auf das Verlangen der französischen Besatzungsbehörde, auch die Gendarmen den französischen Befehlen zu unterstellen, ist überhaupt keine Antwort erteilt worden.

Der Milliardenraub in Hengstey

Mitteilungen im Reichstagshauptausschuß

Im Hauptausschuß des Reichstages gab der Vizepräsident der Reichsbank, Dr. Glasenapp, einen Bericht über den Raub der Milliarden durch die Franzosen. Der Geldtransport ist in dem Zuge Berlin—Köln am 24. Februar morgens auf der Station Hengstey von französischen Truppen gewaltsam beschlagnahmt worden. Er enthielt 12,8 Milliarden Mark in Reichsbanknoten, 1100 Millionen in Darlehnskassenscheinen, zwei Koffer mit Druckplatten zur Herstellung von 5000-Marknoten und vier Koffer mit Druckplatten zur Herstellung von 20 000-Marknoten. Die Reichsbanknoten waren für die Reichsbankstellen in Ohligs, Solingen und Köln, die Darlehnskassenscheine für Elberfeld bestimmt, die Druckplatten für die im besetzten Gebiet für den Notendruck gemieteten Druckereien. Die zuständigen Stellen haben gegen die Beschlagnahme Verwahrung eingelegt und dabei betont, daß die Reichsbank ein autonomes, auf Privatkapital gegründetes Bankinstitut sei, an dem das Reich keinen Anteil habe. Der Raub sei daher ein unzulässiger Eingriff in das Privateigentum. Bisher hatten die Franzosen, obwohl sie wußten, daß tagtäglich Gelder in das besetzte Gebiet geschafft werden, die Transporte nicht belästigt. In der anschließenden Aussprache gaben alle Abgeordneten ihrer Empörung über den Raub an Privateigentum Ausdruck.

Paris, 27. Februar. (W. T. B.)

Nach einer Havas-Meldung aus Düsseldorf werden die in dem Berlin-Kölner Zug vorgestern beschlagnahmten 12,8 Milliarden Papiermark heute nachmittag nach Düsseldorf geschafft, da die Untersuchung über die Bestimmung der Summe noch im Gange sei.

Soldaten als Strauchdiebe

Der Schaden in Gelsenkirchen

Essen, 27. Februar. (W. T. B.)

Der Kaufmann Maud wurde von einem Trupp französischer Soldaten angehalten. Man riß ihm die Kleider auf und nahm ihm seine Uhr. Am Polizeipräsidium wurde ein 25jähriger Schlosser von zwei französischen Soldaten überfallen, die ihm die Uhr mit Kette fortnahmen. In derselben Nacht wurde ein Schlosser in der Akazienallee von mehreren französischen Soldaten angehalten, die ihm 10 000 Mark und seine silberne Taschenuhr abnahmen. Ehe er flüchten konnte, erhielt er noch mehrere Fußtritte. Dem Elektriker Adolf B. wurde am hiesigen Bahnhof ein Betrag von 60 000 Mark fortgenommen. B., der sich zur Wehr setzte, wurde obendrein blutig geschlagen. Ein Bote des Scheckamtes, der in einem Geldsack 400 000 Mark mitführte, die für Kriegsinvaliden und Kriegshinterbliebene bestimmt waren, wurde festgenommen und auf die Wache im Kaiserhof geführt. Gegen 10 Uhr wurde er mit dem Gelde von da aus weiter transportiert. Der Geldbetrag wurde weggenommen.

Deutsche in französischen Kerkern

Paris, 27. Februar. (E. E.)

Nach einer Verordnung der interalliierten Rheinlandkommission müssen auf Grund eines Beschlusses des Oberkommandierenden der Besatzungstruppen alle Freiheitsstrafen von mehr als fünf Jahren Dauer in französischen Gefängnissen verbüßt werden.

Wiesbaden, 27. Februar.

Sämtliche Angestellten und Beamten der hiesigen Banken sind wegen der Verurteilung des Bankdirektors Wolpert von der Wiesbadener Filiale der Diskonto-Gesellschaft in einen Proteststreik getreten.

Konferenzen über Konferenzen

Ruhrfragenkonferenz in Koblenz

Paris, 27. Februar. (E. E.)

Zwischen dem Oberkommissar für die Rheinlande Tirard, dem belgischen Oberkommissar Baron Rollin-Jacquemyns, dem General Degoutte, dem Ingenieur Coste und dem Finanzinspektor Schweißgut wurde gestern in Koblenz eine Konferenz abgehalten, die heute nachmittag fortgesetzt werden soll. Beraten wird über das Eisenbahn- und Zollwesen, über die Frage der Erteilung von Ausfuhrbewilligungen, Kohlenförderung und -verteilung.

Französische Meldungen sprechen von der weiteren Einstellung von 61 deutschen Eisenbahnern durch die alliierten Behörden im Laufe des gestrigen Tages.

Schnelldienst

Die Nachricht von der Besetzung Limburgs beruhte auf einem Irrtum.

Die Wirtschaftskonferenz der baltischen Staaten wird am Freitag in Helsingfors wieder zusammentreten.

Die französischen Forderungen in der Frage des Transitverkehrs durch die Kölner Besatzungszone finden in England wenig Zustimmung.

Der Reichstag hat gestern den Heeresetat bewilligt.

Professor Einstein hielt in Barcelona, von der Presse lebhaft begrüßt, als Gast der Stadt seinen ersten Vortrag.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat an Norwegen zwölf Millionen Dollar als Entschädigung für die Beschlagnahme norwegischer Schiffe während des Krieges gezahlt

Dollar: New-Yorker Parität 22 727

Der Fall Oehme

Strafverfahren wegen Landesverrats

Zu dem strafrechtlichen Ermittlungsverfahren, das die Berliner politische Polizei gegen den Schriftsteller Walther Oehme eingeleitet hat, teilt das Berliner Polizeipräsidium mit:

„Oehme ist des Verstoßes gegen § 92 Ziffer 1 des Reichsstrafgesetzbuches verdächtig, d. h. ihm wird vorgeworfen, Nachrichten, von denen er wußte, daß ihre Geheimhaltung einer anderen Regierung gegenüber für das Wohl des Deutschen Reiches erforderlich ist, **einer fremden Regierung mitgeteilt oder öffentlich bekanntgemacht** zu haben. In welchem Umfange sich der Verdacht bestätigen wird, muß erst die noch im Gange befindliche Untersuchung ergeben.

Die Einleitung des Verfahrens ist auf Mitteilungen von Angestellten der D. T. A. zurückzuführen, bei denen die journalistische Tätigkeit des Oehme Bedenken erregt hatte, besonders der Inhalt seiner an ein ausländisches Nachrichtenbureau erteilten politischen Informationen. So berichtete er z. B. Ende des vergangenen Jahres an das Ausland über angebliche Meutereien und Unzufriedenheit in der Reichswehr; in den letzten Wochen verbreitete er sich in seinen Auslandsinformationen über angebliche, die deutsche Einheitsfront erschütternde Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Reichskabinetts. Ferner gab er in der vergangenen Woche auch dem Ausland die Informationen über das angebliche Einvernehmen zwischen führenden Persönlichkeiten der Reichswehr und „Orgeschverbänden" sowie über die angeblichen Besprechungen verschiedener Minister beim General v. Seeckt. Zur gleichen Zeit, als Oehme diese letztere Information dem Auslande weitergab, vermittelte er diese Nachricht auch der Redaktion der „Roten Fahne", die dann am 22. Februar den Aufsehen erregenden Artikel „Seeckt rüstet zum Bürgerkrieg" veröffentlichte. Die in diesem Artikel behaupteten Tatsachen wurden durch den Reichswehrminister bekanntlich am gleichen Tage in der Reichstagssitzung als erfunden bezeichnet.

Nach Abschluß der zurzeit noch schwebenden polizeilichen Ermittlungen werden die Vorgänge von der Berliner Polizei an die Oberreichsanwaltschaft abgegeben."

In dieser Mitteilung des Polizeipräsidiums wird gesagt, daß die Einleitung des Verfahrens auf „Mitteilungen von Angestellten der Deta" zurückzuführen sei. Die genannte Korrespondenz bestätigt das, indem sie folgendes bekannt gibt:

„Es muß doch noch einmal mit allem Nachdruck festgestellt werden, daß die Redaktion der „D. T. A." jegliche Beziehungen zu Walter Oehme in dem Augenblick radikal gelöst hat, als ihr schon lange gehegter Verdacht in bezug auf eine sehr bedenkliche politische Berichterstattung Oehmes nach dem Auslande an Hand vorgefundener Beweisdokumente sich vollauf bestätigte. Oehme ist auf Grund dieser Sachlage in den letzten Wochen überhaupt nicht mehr in den Geschäftsräumen der „D. T. A." erschienen und ist vor etwa 14 Tagen auch offiziell aus dem Unternehmen ausgeschieden, indem er zur Niederlegung der Geschäftsführung durch den anderen Mitinhaber der „D. T. A.", Redakteur Fr. Willy Frerk gezwungen wurde. Es bestehen daher keinerlei wie immer geartete Beziehungen des Herrn Oehme zur „D. T. A." mehr. Im übrigen liegen auch schwere sachliche Beanstandungen der Geschäftsführung Oehmes vor, die noch Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen sein werden.

Die Vernehmungen der Redaktionsangestellten der „D. T. A." auf dem Berliner Polizeipräsidium dauerten gestern den ganzen Tag an. Soweit sich bisher übersehen läßt, leugnet Oehme die Urheberschaft an einem nach dem Auslande weitergeleiteten Bericht über angebliche Meutereien innerhalb der Reichswehr in Münster nicht. Er hat auch zugegeben, jenen Bericht über angebliche Beratungen im Reichswehrministerium unter Vorsitz des Generals v. Seeckt, der in der „Roten Fahne" in sensationeller Aufmachung erschienen ist, diesem Blatte gegeben zu haben. Es steht fest, daß Oehme alle diese und ähnliche Informationen an ein Nachrichtenbureau in Scheveningen weitergegeben hat, welches „Transatlantic News Transmission Agency" firmiert und dessen Leiter ein gewisser W. J. Perkins ist. Dieses Nachrichtenbureau ist, wie der politischen Polizei bekannt ist, sehr übel beleumundet und scheint offensichtlich Spionagezwecken gedient zu haben. Ferner ist Oehme nachgewiesen worden, daß er Sitzungsberichte des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats an ein Mitglied des Berliner französischen Generalkonsulats verkauft hat. Ueberhaupt wird das Ermittlungsverfahren noch Aufklärung über die engen Beziehungen Oehmes zu gewissen französischen und polnischen Persönlichkeiten zu schaffen haben."